

N i e d e r s c h r i f t

über die am **Dienstag**, dem **11. Oktober 2011**, um **18:30 Uhr**, im Gemeinderatssaal des Rathauses stattgefundene **6. Sitzung des Gemeinderates** der Freistadt Eisenstadt.

Anwesend waren: Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel als Vorsitzende, die Vizebürgermeister Mag. Josef Christian Schmall (ÖVP) und LAbg. Günter Kovacs (SPÖ), die Stadträte wHR Mag. Dr. Michael Freismuth (ÖVP), Dipl.-Ing. Erwin Tinhof (ÖVP), Mag. Josef Mayer (ÖVP) und Mag. Claudia Kreiner-Ebinger (SPÖ), die Gemeinderäte Petra Steindl (ÖVP), Walter Laciny (ÖVP), Angela Fleischhacker (ÖVP), Johannes Neuberger (ÖVP), Johann Skarits (ÖVP), Istvan Deli (ÖVP), wHR Dipl.-Ing. Richard Höbaus (ÖVP), Josef Weidinger (ÖVP), Johann Wagner (ÖVP), Andrea Zänglein (ÖVP), LAbg. Mag. Thomas Steiner (ÖVP), Werner Klikovits (ÖVP), Ing. Siegfried Sattlberger (SPÖ), Dr. Richard Mikats (SPÖ), Peter Hutap (SPÖ), Melitta Martinek (SPÖ), Dr. Gerhard Weber (SPÖ), Géza Molnár (FPÖ), Günther Billes (FPÖ), Mag. Yasmin Dragschitz (Grüne) und Magistratsdirektor Senatsrat Dr. Walter Horvath zugleich als Schriftführer.

Entschuldigt waren: Dipl.-Ing. Gerald Gebhardt (SPÖ), Dipl.-Ing. Andreas Krojer (Grüne)

Die Vorsitzende begrüßt die Erschienenen, stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest und bestellt Gemeinderat Johannes Neuberger und Gemeinderat Peter Hutap zu Beglaubigern dieser Niederschrift.

Verhandlungsschrift vom 25.08.2011, Genehmigung

Die Vorsitzende stellt fest, dass die Verhandlungsschrift vom 25.08.2011 unterfertigt und beglaubigt für die Mitglieder des Gemeinderates zur Einsicht aufgelegt wurde. Da hierüber keine Einwendungen erfolgten und auch keine Wortmeldungen vorliegen, trifft sie die Feststellung, dass die Verhandlungsschrift vom 25.08.2011 einstimmig genehmigt worden ist.

„Vor Eingang in die Tagesordnung bitte ich sie, sich für eine Trauerminute für den Ehrenbürger und Ehrenringträger unserer Stadt Herrn Generaldirektor a. D. Honorarkonsul Kommerzialrat Eugen Horvath zu erheben.

Herr Generaldirektor a. D. Eugen Horvath kann mit Fug und Recht als der Baumeister der BEWAG bezeichnet werden. Seine berufliche Laufbahn war eng mit dieser Institution verbunden. Er erlernte den Beruf des Schriftsetzers und war kurzfristig in dieser Berufssparte tätig. Nach dem Besuch einer kaufmännischen Abendschule trat er im Mai 1939 in den Dienst der Eisenstädter Elektrizitäts AG Überlandwerke ein. Diese Betriebe hatten in den nächsten Jahren eine wechselvolle Geschichte, nach der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft im Jahr 1946, nahm Generaldirektor Eugen Horvath den Dienst bei der Betriebsdirektion der NEWAG in Eisenstadt auf. Er hat sich dafür eingesetzt, dass aus der NEWAG die BEWAG wurde. Im Jahr 1970 wurde er zum Vorsitzenden des Vorstandes und Generaldirektor bestellt. Außer seiner hauptberuflichen Tätigkeit hat Generaldirektor Horvath noch viele Funktionen inne. Er setzte sich für die Ansiedlung von Firmen im Burgenland ein, dafür hat er unter anderem den Titel Kommerzialrat erhalten. Darüber hinaus sind das 1. burgenländische Rechenzentrum und das Bgld. Hotel-, Bau- und Betriebsgesmb & Co KG von ihm ins Leben gerufen worden. Er wurde Honorarkonsul der Bundesrepublik Deutschland, eine Funktion, die er ebenfalls viele Jahre ausübte.

Er gehörte in den Jahren 1966-1977 dem Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt an. Er bekleidete die verschiedenen Funktionen und war auch als Fraktionsführer viele Jahre hindurch Sprecher seiner Parteifreunde. Auch in dieser Zeit hat er sich viele Verdienste um Eisenstadt erworben. Sein Gestaltungswille, seine Schaffenskraft und unerschöpfliche Energie sind uns in Erinnerung. Er hat maßgeblich daran mitgewirkt, dass in Eisenstadt das Hotel- und Kongreßzentrum entstand.

Gestatten Sie mir noch eine persönliche Bemerkung am Schluss. Mein Elternhaus steht in unmittelbarer Nachbarschaft der Familie Horvath. Herr Generaldirektor Horvath hat mich aufwachsen gesehen. Als ich mich politisch in dieser Stadt engagierte hat er mir gratuliert und mir viel Erfolg gewünscht und hat meine Karriere mit großem Interesse verfolgt. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Danke.“

Es wurden **10 Anfragen** von der **FPÖ** eingebracht, und zwar:

Zahl: 004-1/1/198-2011:

Wem wurden seit Oktober 2010 welche Stipendien, Subventionen oder andere Zuwendungen im Sinne des Eisenstädter Stadtrechts zuerkannt?

Zahl: 004-1/1/199-2011:

Der Bauhof der Stadtgemeinde Eisenstadt erbringt bei Bedarf Dienstleistungen für Vereine oder andere Institutionen oder Personen, die Veranstaltungen ausrichten, zB. das Aufstellen von Verkehrsschildern oder die Lieferung und Abholung von Mistkübeln, Absperrgittern etc.

Zahl: 004-1/1/200-2011:

1. Welche Straßenbauprojekte sind bis Jahresende 2012 in Eisenstadt geplant?
2. Wie sehen Pläne zur Sanierung der Klh. Hauptstraße im Detail aus und wie hoch werden die voraussichtlichen Kosten sein?

Zahl: 004-1/1/201-2011:

Gegen wie viele Bescheide des Magistrats erhoben Bescheidadressaten in den Jahren 2010 und 2011 ein Rechtsmittel und wie viel Zeit verging in den einzelnen Fällen zwischen der Einbringung eines Rechtsmittels und der endgültigen Erledigung der jeweiligen Sache?

Zahl: 004-1/1/202-2011:

Welche Einnahmerückstände weist die Stadtgemeinde aktuell auf, also unter welchem Titel sind solche Rückstände einzuordnen und wie hoch sind diese Rückstände jeweils?

Zahl: 004-1/1/203-2011:

Wie lautet der Inhalt Ihrer Reaktion, die Sie der Gemeindeaufsicht des Landes infolge des letzten Gutachtens über die Gebarung der Stadtgemeinde zukommen ließen?

Zahl: 004-1/1/204-2011:

Welche Kosten haben Eigenleistungen der Stadtgemeinde Eisenstadt, etwas Personal- und Maschinenstunden, in Zusammenhang mit den Wein- und Genussstagen 2011 verursacht?

Zahl: 004-1/1/205-2011:

Wann wurden in den Jahren 2010 und 2011 Lärmmessungen in Zusammenhang mit welchen Veranstaltungen im Stadtgebiet durchgeführt bzw. in Auftrag gegeben, wer führte diese Messungen durch und was haben diese Messungen in Bezug auf erteilte Auflagen jeweils ergeben?

Zahl: 004-1/1/206-2011:

Welche Ausgaben aus dem Repräsentationsbudget der Bürgermeisterin wurden seit Oktober 2010 getätigt, was war der Zweck der jeweiligen Ausgaben und wie hoch waren sie jeweils?

Zahl: 004-1/1/207-2011:

Wie hoch ist derzeit der Schuldenstand (um extensive Auslegung des Begriffes wird gebeten) der Stadtgemeinde (inkl. übernommener Haftungen und inkl. Verbindlichkeiten wirtschaftlicher Unternehmungen der Stadtgemeinde)?

Die Anfragen werden bis zur nächsten Gemeinderatssitzung schriftlich beantwortet.

1. Mayors for Peace, Beitritt, Beratung und Beschlussfassung

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel stellt folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt beschließt den Beitritt der Stadt zur Initiative „Mayors for Peace (Bürgermeister für den Frieden)“.

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

2. Rüstfahrzeug, RLFA 3000, Stadtfeuerwehr Eisenstadt, Vergabe, Beratung und Beschlussfassung

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Frau Gemeinderätin Angela Fleischhacker das Wort. Diese erstattet folgenden

Bericht

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt hat in seiner Sitzung am 28. März 2011 den Fahrzeugankauf eines RLF 3000 für die Stadtfeuerwehr Eisenstadt beschlossen.

Der Magistrat der Freistadt Eisenstadt hat den Ankauf eines RLF im Lieferanzeiger veröffentlicht.

7 Firmen haben Angebote abgeholt.

Die Angebote waren bis spätestens 05.08.2011, 10:00 Uhr, an der Poststelle, Rathaus Eisenstadt abzugeben. Insgesamt haben 2 Bieter Angebote abgegeben.

Die Angebotseröffnung erfolgte kommissionell und öffentlich am 05.08.2011, um 10:15 Uhr, im Rathaus Eisenstadt.

Die Angebote wurden in der Reihenfolge des Einlangens geöffnet, auf Vollständigkeit überprüft, die Angebotsbeilagen vermerkt und die Begleitschreiben sowie die Angebotspreise und die Angaben zu den sonstigen Bewertungskriterien (Qualitätskriterien) verlesen und in der Niederschrift zur Angebotsöffnung festgehalten.

Die Angebote wurden nach dem Bestbieterprinzip rechnerisch, sachlich und technisch überprüft.

Firma Rosenbauer, Leonding		€ 392.232,00
Firma Iveco Magirus, Kaindorf bei Graz	Variante 1	€ 397.860,00
	Variante 2	€ 403.344,00

Aufgrund des Prüfergebnisses wird gemäß BVergG 2006, § 130 vorgeschlagen, das RLF 3000 für die Stadtfeuerwehr Eisenstadt an die Firma Rosenbauer Österreich GesmbH, Paschinger Straße 90, 4060 Leonding, zum Preis von € 392.232,00 zu vergeben.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Umweltschutz stellt an den Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt beschließt den Ankauf des RLF 3000 für die Stadtfeuerwehr Eisenstadt an die Firma Rosenbauer Österreich GesmbH, Paschinger Straße 90, 4060 Leonding, zum Preis von € 392.232,00.

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Es ist wichtig, dass unsere Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner bestens ausgerüstet sind. Es ist wichtig, dass Fahrzeuge immer wieder erneuert werden, sie leisten einen unschätzbaren Dienst für die Sicherheit unserer Stadt. Herzlichen Dank dem Stadtfeuerwehrkommandanten und den Vertretern der Feuerwehr. Danke.“

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

3. B-Süd, Kirchäcker West, Parz. Nr. 3008/4, KG. Eisenstadt, Baulandfreigabe, Beratung und Beschlussfassung

Vizebürgermeister LAbg. Günter Kovacs ist bei diesem Tagesordnungspunkt befangen und wird somit nicht mitstimmen.

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Frau Gemeinderätin Angela Fleischhacker das Wort. Diese erstattet folgenden

Bericht

Die B-Süd Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft m.b.H. hat am 27. Mai 2011 um Baulandfreigabe ihres Grundstückes Nr. 3008/4, KG. Eisenstadt, im Ried Kirchäcker West von AW (Aufschließungsgebiet Wohnen) in BW (Bauland Wohnen) angesucht.

Das Bauvorhaben stellt einen Beitrag zur geordneten Siedlungsentwicklung dar. Aus diesem Grund wird vorgeschlagen, das Grundstück Nr. 3008/4, KG. Eisenstadt, Ried Kirchäcker West, laut Plan Dipl.-Ing. Jobst G.Z. 11082f/08 vom 05.02.2009 von AW (Aufschließungsgebiet Wohnen) in (BW) Bauland Wohnen zu widmen.

Die Erschließung durch die Straße und der Anschluss an die Infrastruktur sind gewährleistet. Für die Bebauung gilt der Teilbebauungsplan Kirchacker West in der Fassung der 3. Änderung genehmigt vom Amt der Burgenländischen Landesregierung am 05.03.2010, Zl. LAD-RO-6645/20-2010.

Die privatrechtliche Vereinbarung über die Tragung der Erschließungskosten liegt bis zur Gemeinderatssitzung vor.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Umweltschutz stellt an den Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt nachfolgenden

BESCHLUSSANTRAG

VERORDNUNG

des Gemeinderates der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt vom 11.10.2011, mit welcher festgestellt wird, dass im Aufschließungsgebiet die Erschließung durch Straßen und Versorgungsleitungen gesichert ist.

Auf Grund des Gesetzes vom 20. März 1969 über die Raumplanung im Burgenland (Burgenländisches Raumplanungsgesetz), LGBl. Nr. 18/1969 i.d.F. LGBl. Nr. 33/1971, LGBl.Nr. 5/1974, LGBl.Nr. 11/1980, LGBl.Nr. 20/1981, LGBl.Nr. 32/1987, LGBl.Nr. 61/1990, LGBl.Nr. 13/1992, LGBl.Nr. 12/1994, LGBl.Nr. 17/1997 (VfGH), LGBl. Nr. 64/2000, LGBl.Nr. 32/2001, LGBl.Nr. 40/2002, LGBl. Nr. 79/2002, LGBl.Nr. 47/2006, 23/2007 und LGBl.Nr. 1/2010 wird verordnet:

§ 1

Die Erschließung durch Straßen und die Versorgungsleitungen für das Grundstück 3008/4, KG. Eisenstadt, Kirchacker West, ist gesichert.

Die Abgrenzung des zum Bauland Wohnen (BW) freigegebenen Gebietes ist dem beiliegenden Plan vom Vermessungsbüro Dipl.-Ing. Helmut und Markus Jobst, Eisenstadt, GZ. 11082f/08, vom 05.02.2009, der ein integrierender Bestandteil der Verordnung ist, zu entnehmen.

§ 2

In dem in § 1 bezeichneten Aufschließungsgebiet sind Baubewilligungen sowie Bewilligungen von sonstigen sich auf das Gemeindegebiet auswirkenden Maßnahmen auf Grund landesgesetzlicher Vorschriften zulässig.

§ 3

Diese Verordnung tritt mit dem ersten Tag der Kundmachung in Kraft.

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Herrn Gemeinderat Géza Molnár das Wort. Dieser führt aus:

„Frau Bürgermeister, hoher Gemeinderat!

Die Stadt wächst unaufhaltsam weiter, das ist grundsätzlich ein Grund zur Freude. Der Zuzug hat meiner Meinung aber auch Schattenseiten. Es geht heute um eine Baulandfreigabe betreffend den Kirchacker West. Gerade dort befinden sich eine Siedlung, die in den letzten Jahren sehr rasant gewachsen ist und eine Siedlung mit erheblicher Bebauungsdichte. Ich muss ehrlich sagen, dass uns die Bebauungsdichte in manchen Gebieten zu sehr ein Dorn im Auge ist. Wir haben das schon vor einigen Jahren beim Feiersteig angemerkt oder auch im Jahr 2009, als es um die neuen Wohnungen in der Ruster Straße bei der Knotzer-Straße ging. Ich würde schon anregen, dass man hier versucht umzudenken. Ich bin der Meinung, dass man hier Probleme züchtet, die wir aus anderen Städten kennen und die wir uns nicht züchten müssten. Die Bebauungsdichte hat natürlich Auswirkungen auf das Stadtbild, meiner Meinung nach nicht gerade vorteilhaft auf den Verkehr. Man legt hier aber auch den Keim für soziale Probleme. Die Bgld. Bauordnung sieht für Wohnhausanlagen die Anzahl von Parkplätzen pro Wohnung vor, allerdings keine Freiflächen. Unser Ziel ist es jedoch, ein gutes Miteinander zwischen den Bewohnern und den Mietern zu schaffen. Man darf sich aber nicht darüber wundern, dass es früher oder später zu Problemen kommt, wenn Siedlungen zu dicht gebaut sind. Wenn dort Flächen für Kinder und Jugendliche fehlen, darf man sich nicht wundern, wenn die dann ihre Energie woanders und mit Nebenwirkungen, die wir uns alle nicht wünschen, auslassen. Wir Freiheitliche, haben diversen Stadtentwicklungs- und Teilbebauungsplänen und auch den Baulandfreigaben meistens zugestimmt. Heute werden wir aus diesem Grund jedoch nicht zustimmen, um einmal zum Nachdenken anzuregen, weil eben die Umsetzung zeigt, dass hier die Bebauungsdichte zu hoch

ist und man in diesem Bereich umdenken muss. Man sollte die Teilbebauungsplänen überdenken und eventuell an einen Freiflächenkonzept arbeiten. Ich habe diesbezüglich auch schon mit den Grünen gesprochen und wir werden diese Sache weiterverfolgen und es geht hier letztendlich um die Frage der Lebensqualität, die alle gerne herausstreichen und in Eisenstadt unterm Strich zweifelsohne sehr hoch und auch vorhanden ist. Die Stadt soll wachsen, da hat auch niemand etwas dagegen, aber es darf keine Wachstumsschäden geben. Mit unserer Ablehnung der heutigen Baulandfreigabe wollen wir zum Nachdenken anregen, ob man sich punkto Bebauungsdichte nicht doch etwas anderes überlegen möchte.“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Sehr geehrte Anwesende!

Was ich hier in Händen halte, ist der Masterplan für das Gebiet Kirchäcker. Dieser Entwurf hat den Architektenwettbewerb für Ried Kirchäcker gewonnen und sollte eigentlich die Grundlage dafür sein, wie in diesem Gebiet gebaut werden sollte. Dass Änderungen an Plänen vorgenommen werden, ist nichts Ungewöhnliches und ist auch grundsätzlich nicht zu verurteilen. Aber was man sich hier in diesem Gebiet geleistet hat, das so optimal liegt und wo man den BewohnerInnen durch die Nähe zur Stadt und zu vielen wichtigen Einrichtungen so viel Lebensqualität bieten könnte, das ist eigentlich eine Frechheit.

Im ursprünglichen Plan sollte das höchste Gebäude vier Geschosse hoch sein. Schauen Sie sich die Gegend jetzt an, ein 5-6-stöckiger Wohnblock steht vor, hinter und neben einem anderen. Die BewohnerInnen der dortigen Wohnungen sind mittlerweile höchst unzufrieden, weil ihnen ein Wohnblock nach dem anderen in atemberaubender Nähe vor das Fenster gestellt wird. Einer der Bewohner dort meinte, - ich zitiere „es wären Zustände wie in Süditalien, weil man bald dem gegenüberliegenden Nachbarn überm Balkon den Zucker borgen kann“. Es gibt für die Menschen, die Kinder, die dort wohnen, fast keine Rückzugsmöglichkeiten. Die Spielplätze sind eingepfercht zwischen hohen Wohnbauten und dass dort soziale Spannungen zur Tagesordnung gehören, versteht sich dann von selbst.

Ich weiß, wovon ich rede, weil ich selber in diesem Gebiet wohne und ich schätze die Tatsache, dass ich meine Erledigungen auf den Weg zu meinem Arbeitsplatz zu Fuß bewältigen kann. Ich habe derzeit noch einen schönen Ausblick Richtung Trausdorf, wovon andere BewohnerInnen dieser Siedlung nur träumen können. Die schauen schon längst dem Nachbarn beim Kochen oder Fernsehschauen zu. Es gibt Leute,

die die Situation so unerträglich finden, dass sie vorhaben, von Eisenstadt wegzuziehen. Und ich hatte mittlerweile schon einige Gespräche mit sehr unzufriedenen BewohnerInnen dieses Siedlungsgebietes.

Kurz gesagt, die Zustände dort sind untragbar. Durch die dichte Bebauung, die wir hier im Gemeinderat genehmigt haben – auch ich war dabei - ist die Lebensqualität der Menschen massiv beeinträchtigt. Wir sind dafür verantwortlich, wenn dort in Zukunft soziale Spannungen und Konflikte auftreten. Die Menschen, die dort wohnen, ärgern sich zu Recht.

Die Konsequenz, die wir Grünen daraus ziehen, ist, dass wir dieser Baulandfreigabe nicht mehr zustimmen. Irgendwann muss jemand die Notbremse ziehen. Wenn auch die anderen Parteien – und nicht nur die FPÖ – das einsehen würden, dann hätten wir jetzt noch die Chance, zumindest die weiteren Bauvorhaben in diesem Gebiet sozial verträglicher zu gestalten und die Lebensqualität und Zufriedenheit der Menschen, die dort wohnen, auch zum Besseren zu verändern. Ändern wir die Baurichtlinien, die wir hier beschlossen haben, sie sind nicht mehr tragbar und überarbeiten wir die Pläne für dieses Gebiet. Jeder kann sich nachher den Plan bei mir anschauen. Fangen wir jetzt damit an und ziehen gemeinsam die Notbremse, bevor es zu spät ist und es dann wirklich zu Entwicklungen kommt, die man jetzt noch zu verhindern wäre.“

Bürgermeisterin Andrea Frauschiel:

„Herr Vizebürgermeister Kovacs möchte sich inhaltlich melden.“

Vizebürgermeister LAbg. Günter Kovacs:

„Frau Bürgermeister, hoher Gemeinderat!

Es ist schade, dass die FPÖ und die Grünen, nicht informiert sind. Der Bau der B-Süd ist ein Bau der eben keine Plätze für Autos außen vorsieht, sondern mit mehreren Etagen in die Tiefgarage gebaut wird. Dort haben dann die Menschen die Möglichkeit ihr Auto abzustellen. Die Wohnfläche ist bei der B-Süd so berechnet und das zum Unterschied der Neuen Eisenstädter, hier werden 15 % an Nichtwohnfläche sowie an Gängen – auch bei der OSG ist es gleich – verwendet. Bei der B-Süd sind des 30 % die hier für die Menschen zur Verfügung stehen. Das ist ein vorbildlicher Bau der hier gelungen ist. Ich muss mich wundern, denn ich habe mit vielen Menschen gesprochen, die dort auch wohnen, die sehr zufrieden sind und die es

nicht bereuen, dorthin gezogen zu sein. Meine Fraktion – ich selbst bin hier befangen – wird selbstverständlich zustimmen.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Herr Vizebürgermeister dürfte ich dich jetzt bitten bei der Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt hinauszugehen, damit wir hier keine schiefe Optik wegen der Befangenheit bekommen.

Dieses Gebiet ist ein wichtiges Gebiet in Zentrumsnähe, wo es auch diesen Architektenwettbewerb gab und somit auch manche Änderungen. Auch wir wollen nicht, dass dieses Gebiet zu eng verbaut wird. Es war aber von Anfang an klar, auch für die Menschen, die damals in die ersten Wohnblöcke eingezogen sind, dass da noch andere Wohnblocks kommen werden. Wir haben mit dem Land und mit den verschiedenen Siedlungsgenossenschaften – und ich meine jetzt alle, die dort tätig sind – Gespräche geführt, um die Freiräume zu erhöhen. Wir haben dann eine Lösung gefunden, die gemeinsam mit dem Land für gut befunden worden ist. Eisenstadt soll mit Maß und Ziel wachsen und wir achten darauf, dass Freiräume gegeben sind. Wir werden auch in Zukunft auf ein maßvolles Wachstum wert legen. Jetzt kommen wir zur Abstimmung.“

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag mit 17 Stimmen der ÖVP und 6 Stimmen der SPÖ gegen 2 Stimmen der FPÖ und 1 Stimme der Grünen zum Beschluss erhoben wurde.

4. Tschida, Haidäcker, Parz. Nr. 3185, KG. Kleinhöflein, Baulandfreigabe, Beratung und Beschlussfassung

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Frau Gemeinderätin Angela Fleischhacker das Wort. Diese erstattet folgenden

Bericht

Herr Baumeister Ing. Eduard Tschida, Angelika Fajt-Gasse 8, 7000 Eisenstadt, hat am 06.06.2011 um Baulandfreigabe seines Grundstückes Nr. 3185, KG. Kleinhöflein, im Ried „Haidäcker“, von AB (Aufschließungsgebiet Betriebsgebiet) in BB (Bauland Betriebsgebiet) angesucht.

Bei der vorgesehenen Bebauung handelt es sich um einen Lückenschluss zwischen bereits vorhandenen Bebauungen und ist als positiver Beitrag zu einer geordneten

Siedlungsentwicklung zu sehen. Aus diesem Grund wird vorgeschlagen, das Grundstück Nr. 3185, KG. St. Kleinhöflein, im Ried „Haidäcker“, laut Teilungsplan Dipl.-Ing. Helmut und Dipl.-Ing. Markus Jobst Ges.b.R., Permayerstraße 11, 7000 Eisenstadt G.Z. 13053/08, vom 18.03.2008 von AB (Aufschließungsgebiet Betriebsgebiet) in BB (Bauland Betriebsgebiet) zu widmen.

Die Erschließung durch die Straße und der Anschluss an die Infrastruktur sind gewährleistet.

Die Kostentragung der Erschließung ist auf Grund des Vertrages vom 11.12.2007 zwischen der Haidäcker Projektentwicklung GmbH, Hauptstraße 41, 7000 Eisenstadt, Frau Mag. Christa Grabenhofer, Axerweg 48, 7000 Eisenstadt, Herrn Eduard Tschida, Angelika Fajt-Gasse 8, 7000 Eisenstadt sowie der Freistadt Eisenstadt, als Verwalterin des Öffentlichen Gutes, gesichert.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Umweltschutz stellt an den Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt nachfolgenden

BESCHLUSSANTRAG

V E R O R D N U N G

des Gemeinderates der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt vom 11.10.2011, mit welcher festgestellt wird, dass im Aufschließungsgebiet die Erschließung durch Straßen und Versorgungsleitungen gesichert ist.

Auf Grund des Gesetzes vom 20. März 1969 über die Raumplanung im Burgenland (Burgenländisches Raumplanungsgesetz), LGBl. Nr. 18/1969 i.d.F. LGBl. Nr. 33/1971, LGBl.Nr. 5/1974, LGBl.Nr. 11/1980, LGBl.Nr. 20/1981, LGBl.Nr. 32/1987, LGBl.Nr. 61/1990, LGBl.Nr. 13/1992, LGBl.Nr. 12/1994, LGBl.Nr. 17/1997 (VfGH), LGBl. Nr. 64/2000, LGBl.Nr. 32/2001, LGBl.Nr. 40/2002, LGBl. Nr. 79/2002, LGBl.Nr. 47/2006, 23/2007, LGBl.Nr. 1/2010 und 7/2010 wird verordnet:

§ 1

Die Erschließung durch Straßen und die Versorgungsleitungen für das Grundstück Nr. 3185, KG. Kleinhöflein, im Ried „Haidäcker“, ist gesichert.

Die Abgrenzung des zum Bauland Betriebsgebiet (BB) freigegebenen Gebietes ist dem beiliegenden Plan, der ein integrierender Bestandteil der Verordnung ist, zu entnehmen.

§ 2

In dem in § 1 bezeichneten Aufschließungsgebiet sind Baubewilligungen sowie Bewilligungen von sonstigen sich auf das Gemeindegebiet auswirkenden Maßnahmen auf Grund landesgesetzlicher Vorschriften zulässig.

§ 3

Diese Verordnung tritt mit dem ersten Tag der Kundmachung in Kraft.

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

5. Vereinbarung Baulandmobilisierung, neuerlicher Beschlussantrag, Beratung und Beschlussfassung

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Frau Gemeinderätin Angela Fleischhacker das Wort. Diese erstattet folgenden

Bericht

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 15.12.2003 beschlossen, „dass aus Anlass einer Baulandfreigabe mit den betroffenen Grundstückseigentümern nachstehender Vertrag über die Erschließungskosten abgeschlossen wird“. In der Gemeinderatssitzung am 19. Juni 2006 wurde eine Evaluierung und somit eine Änderung des Vertrages vorgenommen.

Seit 2006 wurden einige Bauland-Aufschließungsgebiete zu baureifen Planungsgebieten entwickelt (Kirchäcker, Unter Kirchtaläcker, Gemärkfeld, etc.), einige Projekte konnten aus verschiedenen Gründen nicht fertig gestellt werden (Gartenäcker, Obere Kirchtaläcker). Aufgrund der dabei gewonnenen Erfahrungen werden der Inhalte des Vertrages nun zum zweiten Mal abgeändert.

- Eine Beauftragung der Leistungen wie z.B. Parzellierungskonzept, Vermessung, Straßenbau etc. erfolgt erst dann, wenn seitens der Gemeinde 100% der Kosten der jeweiligen Arbeitsschritte von den Grundstückseigentümern eingehoben sind.
- Exakte Darstellung der Vorgangsweise und Kostenabrechnung.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Umweltschutz stellt an den Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt den Antrag den „Vertrag über Erschließungskosten“ neuerlich zu beschließen.

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt beschließt den „Vertrag über Erschließungskosten Gemeinderatsbeschluss vom 11.10.2011“.

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Herrn Gemeinderat Dr. Gerhard Weber das Wort. Dieser führt aus:

„Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte erklären, dass wir uns selbstverständlich dazu bekennen, dass es hier in solchen Fällen zu einer Kostenbeteiligung bzw. Kostentragung durch jene, die dann letztlich auch von dieser Baulandmobilisierung profitieren können. Mir ist in den Unterlagen ein Satz zur Gänze nicht klar geworden, der wie folgt lautet: „ eine Haftung zur ungeteilten Hand....“. Ist damit gemeint, dass die Gemeinde diese Kostenbeiträge zur Gänze einhebt und sich dann die Zahlenden mit den nichtzahlenden Eigentümer sozusagen um die Weiterverrechnung bzw. die Rückerstattung streiten müssen? Wenn das so gemeint ist, finde ich das nicht für richtig. Ich verstehe schon, dass die Kosten von dem Grundstückseigentümer getragen werden sollten. Es sollte hier so geregelt werden, dass die Gemeinde für jene Grundstückseigentümer, die die Kosten für andere übernehmen und an die Gemeinde abführen, die Rechtsdurchsetzung gegenüber jenen, die nicht gezahlt haben übernimmt, damit sie nicht untereinander streiten müssen.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Es ist so geplant, dass alle Beteiligten zur erst einmal einzahlen bevor überhaupt weitergemacht wird, dass es nicht zu diesen Streitereien kommt.“

- Zwischenrufe -

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Dann wird schlicht und einfach das Gebiet nicht aufgemacht!“

- Zwischenrufe –

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Ja, es funktioniert auch so, dass alle einzahlen und dann erst damit begonnen wird.“

- Zwischenrufe -

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Das würde dem Ziel dieser privatrechtlichen Verträge widersprechen und es geht auch darum, dass alle einzahlen und dann begonnen wird.“

- Zwischenrufe -

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„..... die Gemeinde würde dann übrig bleiben!“

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag mit 17 Stimmen der ÖVP, 2 Stimmen der FPÖ und 1 Stimme der Grünen gegen 7 Stimmen der SPÖ zum Beschluss erhoben wurde.

6. Anette Haler, Gölbeszeile 36/Michael Orient-Gasse, Flächenbereinigung, neuerlicher Beschlussantrag, Beratung und Beschlussfassung

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Frau Gemeinderätin Angela Fleischhacker das Wort. Diese erstattet folgenden

Bericht

Die Michael Orient-Gasse verbindet die Gölbeszeile mit der Kaiserallee. Von der Gölbeszeile weg ist eine 9 m breite Verkehrsfläche geplant. Der Teilungsplanentwurf weist diese Verkehrsfläche aus. Dabei werden Flächen des öffentlichen Gutes die über eine Breite von 9 m hinausgehen privaten Flächen (Grundstücken) zugeordnet (Parz. Nr. 2113/2, 2109/1, 2108, 2105 und 2100/2). Andererseits werden private Flächen dem öffentlichen Gut zugeordnet, um die geplante Breite der Verkehrsfläche von 9 m zu erlangen (Parz. Nr. 2098/3, 2087/3, 2082/1 und 2010/1).

Der Gemeinderat der Freistadt Eisenstadt hat in seiner Sitzung am 29.09.2009 beschlossen, die in der Naturaufnahme Plan GZ 11.904a/09 der Ingenieurkonsulenten Dipl.-Ing. Helmut Jobst und Dipl.-Ing. Markus Jobst, Eisenstadt, dargestellte Teilfläche Figur 8, im Ausmaß von 24 m² als öffentliches Gut

zu entwiden und an das Grundstück Nr. 2108 Dr. Bertram Haler, Isbary-Gasse 20/2/8, 1140 Wien anzugliedern.

Die Erstellung eines Teilungsplanes durch das Büro Ingenieurkonsulenten Dipl.-Ing. Helmut Jobst und Dipl.-Ing. Markus Jobst, Eisenstadt hat durch die Korrektur von Eckpunkten eine Änderung der Fläche des Teilstückes Figur 8 ergeben.

Das geänderte Teilstück ist im „Teilungsplan Gölbeszeile 36, Plan GZ 13689/10 vom 28.02.2011 der Ingenieurkonsulenten Dipl.-Ing. Helmut Jobst und Dipl.-Ing. Markus Jobst, Eisenstadt als Figur 4 mit einer Fläche von 28 m² eingetragen.

BESCHLUSSANTRAG

Die Freistadt Eisenstadt als Vertreterin des öffentlichen Gutes tritt unentgeltlich und lastenfrei auf Grund des Teilungsplanes G.Z.: 13689/10 der Ingenieurkonsulenten Dipl.-Ing. Helmut Jobst und Dipl.-Ing. Markus Jobst, 7000 Eisenstadt eine Teilfläche (Fig. 4) vom Grundstück Nr. 2052 im Ausmaß von 28 m², EZ. 7, KG. Eisenstadt, an Frau Anette Haler, Gölbeszeile 36, 7000 Eisenstadt, ab.

Obiges Grundstück wird als öffentliches Gut (Verkehrsfläche) entwidmet und ist in das Grundstück Nr. 2108/2, KG. Eisenstadt, einzubeziehen.

Sämtliche mit der Abtretung in Zusammenhang stehenden Kosten gehen zu Lasten von Frau Anette Haler.

Durch diese Maßnahme werden die Wertgrenzen gem. § 85 des Eisenstädter Stadtrechtes nicht überschritten.

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

7. Michael Urient-Gasse – Grundabtretung, Neubeschluss, Beratung und Beschlussfassung

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Frau Gemeinderätin Angela Fleischhacker das Wort. Diese erstattet folgenden

Bericht

Der Gemeinderat der Freistadt Eisenstadt hat in seiner Sitzung am 29.09.2009 die Naturaufnahme Plan GZ 11.904a/09 der Ingenieurkonsulenten Dipl.-Ing. Helmut Jobst und Dipl.-Ing. Markus Jobst, betreffend die Grundabtretung Urient-Gasse beschlossen.

Aufgrund einer Änderung der Abtretungsflächen ist eine neuerliche Beschlussfassung erforderlich.

BESCHLUSSANTRAG

a) Grundabtretung an das öffentliche Gut

Die Freistadt Eisenstadt als Vertreterin des öffentlichen Gutes übernimmt unentgeltlich und lastenfrei auf Grund der Naturaufnahme GZ: 11904a/09 der Ingenieurkonsulenten Dipl.-Ing. Helmut Jobst und Dipl.-Ing. Markus Jobst, 7000 Eisenstadt, folgende Teilstücke in die Verwaltung als öffentliches Gut:

Fig.	vom Grst.Nr.	m ²	EZ.	KG.	Eigentümer
1	2011/2	1	3937	Eisenstadt	Jandl Helga, Römerweg 36, 7000 Eisenstadt;
2	2011/2	0	3937	Eisenstadt	- " -
3	2082/1	7	1991	Eisenstadt	Lackner Josefa, Michael Urient-Gasse 8, 7000;
4	2010/1	6	3284	Eisenstadt	Bidner Andrea, Eisenst. Str. 21, 7011 Siegendorf;
5	2087/3	28	4023	Eisenstadt	Riedl Barbara, Michael Urient-Gasse 12, 7000;
11	2113/2	7	2281	Eisenstadt	MMag. Bittermann-Astfalk Sabine Else, Leithabergstr. 18d, 7000 Eisenstadt;

Obige Teilstücke werden als öffentliches Gut (Verkehrsfläche) gewidmet. Das Teilstück Fig. 1 ist in das Grundstück Nr. 2011/21, EZ 7, KG. Eisenstadt, einzubeziehen. Die Teilstücke Fig. 2, 3, 4, 5 und 11 sind in das Grundstück Nr. 2052, EZ 7, KG Eisenstadt, einzubeziehen.

b) Grundabtretung des öffentlichen Gutes

Die Freistadt Eisenstadt als Vertreterin des öffentlichen Gutes tritt unentgeltlich auf Grund der Naturaufnahme GZ: 11904a/09 der Ingenieurkonsulenten Dipl.-Ing. Helmut Jobst und Dipl.-Ing. Markus Jobst,

7000 Eisenstadt, folgende Teilstücke vom Grundstück Nr. 2052, EZ 7, KG Eisenstadt, ab:

Fig.	m²	Abfall zu Grundstück Nr.	EZ	Eigentümer
6	17	2100/2	4018	Riedl Maria Therese, Michael
7	20	2105	1842	Urient-Gasse 5, 7000; Dobrovits Franz u. Elfriede,
9	11	2109/1	1955	Gölbeszeile 34, 7000; Koch Anna Maria, Gölbeszeile 40, 7000;
10	12	2113/2	2281	MMag. Bittermann-Astfalk, Sabine Else, Leithabergstr. 18d, 7000 Eisenstadt;

Obige Teilstücke werden als öffentliches Gut (Verkehrsfläche) entwidmet.

c) Grundübertragung innerhalb des öffentlichen Gutes:

Innerhalb des öffentlichen Gutes, EZ. 7, KG. Eisenstadt, werden auf Grund der Naturaufnahme GZ: 11904a/09 der Ingenieurkonsulenten Dipl. Ing. Helmut Jobst und Dipl. Ing. Markus Jobst, 7000 Eisenstadt, folgende Änderungen vorgenommen:

Fig.	vom Grundstück Nr.	m²	Abfall zu Grundstück Nr.
12	1991/1	117	2052

Sämtliche mit der Abtretung in Zusammenhang stehenden Kosten gehen zu Lasten der Freistadt Eisenstadt.

Durch diese Maßnahme werden die Wertgrenzen gem. § 85 des Eisenstädter Stadtrechtes nicht überschritten.

Der Gemeinderatsbeschluss vom 29.09.2009, TOP 13, betreffend Grundabtretung – Urient-Gasse wird aufgehoben.

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

8. Widmungsverfahren – Kostentragung, Beratung und Beschlussfassung

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Frau Gemeinderätin Angela Fleischhacker das Wort. Diese erstattet folgenden

Bericht

§19 Abs.5 Bgld. Raumplanungsgesetz

„Die Gemeinde kann die Tragung der Kosten, die im Rahmen einer Flächenwidmungsplanänderung entstehen, zum Gegenstand einer privatrechtlichen Vereinbarung mit den betroffenen Grundeigentümern machen, wenn die Umwidmung im privaten Interesse gelegen ist“.

Entsprechend der Änderungen des Flächenwidmungsplanes in den letzten Jahren liegt der Anteil der „Privatinteressen“ bei 40 – 60%. Bei der 13. Änderung des Flächenwidmungsplanes (Genehmigung 2011) hätte dies eine Einnahme von rd. € 15.000,-- bedeutet. Die letzten 3-4 Jahre betrachtet rund € 50.000,--.

Die Kostentragung von Teilbebauungsplänen durch den „Verursacher“ ist in „Neubaugebieten“ seit Jahren Standard in der Stadtgemeinde Eisenstadt.

Laut Auskunft des Ortsplaners Dipl.-Ing. Schmidtbauer werden solche Vereinbarungen z.B. in den Gemeinden Trausdorf, Schützen, Wulkaprodersdorf, Siegendorf, Mattersburg, Zemendorf und Leithaprodersdorf abgeschlossen.

Derzeit wird die 13. Änderung des Flächenwidmungsplanes im GB-Technik bzw. vom Planungsbüro A.I.R. vorbereitet. Die Anwendung der Kostentragung für die Verursacher von Widmungsänderungen bei diesem anstehenden Änderungsverfahren erscheint sinnvoll.

Die Ansuchen um Änderung des Flächenwidmungsplanes werden bis zum Zeitpunkt der Bearbeitung eines neuen Widmungsverfahrens gesammelt und seitens des GB-Technik und dem Ortsplaner auf die fachliche Sinnhaftigkeit bzw. Genehmigungsfähigkeit geprüft. Dann erstellt das Planungsbüro A.I.R. einen Kostenvoranschlag für jeden einzelnen Änderungspunkt. Die für den privaten Verursacher angegebene Planungssumme ist in Folge Bestandteil der privatrechtlichen Vereinbarung zwischen Antragsteller und der Stadtgemeinde Eisenstadt. Die Abrechnung erfolgt über die Stadtgemeinde.

Die Vorteile die daraus entstehen sind einerseits ganz klar die Reduzierung des finanziellen Aufwandes für die Stadtgemeinde. Andererseits werden jene Ansuchen von Privatpersonen die rein fachlich geringe Chancen auf eine Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde haben, nicht auf Kosten der Allgemeinheit durch ein Verfahren mitgetragen (Reduzierung des bürokratischen Aufwandes). Es liegt dann letztendlich im Verantwortungsbereich und in der finanziellen Verantwortung jedes einzelnen Antragstellers auf eine Genehmigung zu spekulieren oder eben nicht.

Der Ausschuss für Planung, Bau und Umweltschutz stellt an den Gemeinderat der Freistadt Eisenstadt den Beschlussantrag, die Kostentragung einer Flächenwidmungsplanänderung entsprechend dem § 19 Abs. 5 des Bgld. Raumplanungsgesetzes in einen privatrechtlichen Vertrag mit den Antragstellern (Grundstückseigentümer) zu regeln.

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt beschließt die Tragung der Kosten, die im Rahmen einer Flächenwidmungsplanänderung entstehen, zum Gegenstand einer privatrechtlichen Vereinbarung mit den betroffenen Grundstückseigentümern zu machen, wenn die Umwidmung im privaten Interesse gelegen ist. Diese Planungskosten werden an die privaten Antragsteller weiterverrechnet.

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Frau Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz das Wort. Diese führt aus:

„Sehr geehrte Anwesende!

Ich möchte dazu einen Abänderungsantrag stellen und möchte es auch kurz begründen.

Die Flächenwidmung ist das wichtigste Instrument der Gemeinde, um die Stadtentwicklung vernünftig voranzutreiben. Mit Hilfe der Flächenwidmung kann man bestimmen, wo Betriebsgebiete und wo Wohngebiete entstehen sollen, oder wo ein Mischgebiet Sinn macht. Man legt Grünflächen fest, ebenso wie Verkehrsflächen, um die notwendige Infrastruktur zu gewährleisten.

Ein guter Flächenwidmungsplan ist die Grundlage für die zukünftige Entwicklung einer Gemeinde, in unserem Fall sichtbar im Stadtentwicklungsplan. Flächenumwidmungen können nur sehr schwer wieder rückgängig gemacht werden

und werden diese Umwidmungen nicht gut geplant und vorbereitet, haben wir mit den negativen Konsequenzen über Jahrzehnte hinweg zu kämpfen.

Die Gemeinde darf sich gerade in diesem Bereich nicht das Heft aus der Hand nehmen lassen und deshalb möchte ich zur Präzisierung dieses Antrages einen Abänderungsantrag stellen, denn ich jetzt auch vorlesen möchte.“

Ich stelle folgenden Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt beschließt die Tragung der Kosten, die im Rahmen einer Flächenwidmungsplanänderung entstehen, zum Gegenstand einer privatrechtlichen Vereinbarung mit den betroffenen Grundstückseigentümern zu machen, wenn die Umwidmung im privaten Interesse gelegen ist, d.h. wenn es dadurch zu einer eindeutigen Aufwertung des Grundstückes kommt. Diese Planungskosten werden an die privaten Antragssteller weiterverrechnet. Es wird festgehalten, dass derartige Umwidmungen den Interessen der Stadtgemeinde, die u.a. im Stadtentwicklungsplan dokumentiert sind, nicht widersprechen dürfen.

Der Abänderungsantrag liegt den anderen Fraktionen auch vor.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Abänderungsantrag, der gerade von Gemeinderätin Dragschitz vorgetragen worden ist.“

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung des Abänderungsantrages vor und stellt fest, dass der Abänderungsantrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

9. B.net Burgenland Telekom GmbH – Dienstbarkeit, Verlegung von Lichtwellenleiterrohren auf Grundstück Nr. 493/5, Beratung und Beschlussfassung

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Herrn Stadtrat wHR Mag. Dr. Michael Freismuth das Wort. Dieser stellt folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Die Freistadt Eisenstadt stimmt der Verlegung von Lichtwellenleiterrohren gemäß Beilage A welche über das Grundstück Nr. 493/5, EZ 8, KG Eisenstadt, führen, zu.

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

10. Grenzbereinigung Volksschule St. Georgen, Beratung und Beschlussfassung

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Herrn Stadtrat wHR Mag. Dr. Michael Freismuth das Wort. Dieser stellt folgenden

BESCHLUSSANTRAG

a) Grundabtretung des Öffentlichen Gutes

Die Freistadt Eisenstadt als Vertreterin des öffentlichen Gutes tritt unentgeltlich und lastenfrei auf Grund des Teilungsplanes GZ: 12020g/05 vom 03.02.2011 der Ingenieurkonsulenten Dipl.-Ing. Helmut Jobst und Dipl.-Ing. Markus Jobst, 7000 Eisenstadt, folgende Teilstücke aus der EZ 4, KG St. Georgen, an die Freistadt Eisenstadt, ab:

<u>Fig.</u>	<u>vom Grst.Nr.</u>	<u>m²</u>	<u>Einbeziehung in das Grdst.Nr.</u>	<u>EZ</u>	<u>KG</u>
5	3535	29	3535/3	1327	St. Georgen
6	3535	15	3535/2	1327	St. Georgen

Obige Teilflächen werden als öffentliches Gut (Verkehrsfläche) entwidmet.

b) Grundabtretung an die Freistadt Eisenstadt

Die Freistadt Eisenstadt übernimmt unentgeltlich und lastenfrei auf Grund des Teilungsplanes GZ: 12020g/05 vom 03.02.2011 der Ingenieurkonsulenten Dipl.-Ing. Helmut Jobst und Dipl.-Ing. Markus Jobst, 7000 Eisenstadt, folgende Teilstücke vom Öffentlichen Gut:

<u>Fig.</u>	<u>m2</u>	<u>vom Grst.Nr.</u>	<u>EZ.</u>	<u>KG.</u>
5	29	3535	4	St. Georgen
6	15	3535	4	St. Georgen

c) Grundübertragung innerhalb des öffentlichen Gutes

Innerhalb des öffentlichen Gutes, EZ. 4, KG. St. Georgen, wird auf Grund des Teilungsplanes GZ: 12020g/05 vom 03.02.2011 der Ingenieurkonsulenten Dipl.-Ing. Helmut Jobst und Dipl.-Ing. Markus Jobst, 7000 Eisenstadt, folgende Änderungen vorgenommen:

<u>Fig.</u>	<u>vom Grundstück Nr.</u>	<u>m²</u>	<u>Abfall zu Grundstück Nr.</u>
7	3535	1279	3535/1

Sämtliche mit der Abtretung in Zusammenhang stehenden Kosten gehen zu Lasten der Freistadt Eisenstadt.

Durch diese Maßnahme werden die Wertgrenzen gem. § 85 des Eisenstädter Stadtrechtes nicht überschritten.

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag einstimmig zum Beschluss erhoben wurde.

11. City Taxi, Vergabe und Tarifierfassung, Beratung und Beschlussfassung

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Herrn Stadtrat wHR Mag. Dr. Michael Freismuth das Wort. Dieser erstattet folgenden

Bericht

Seitens der Wirtschaftskammer Burgenland wurde eine Kostenkalkulation für das City-Taxi vorgelegt. Das Ergebnis dieser Kalkulation ist der Preis von € 5,00 (inkl. 10 % USt) je Taxifahrt. Dies ergibt sich durch einen Tarif von € 1,00/km und eine durchschnittlichen Kilometerleistung von 5,0 km je Fahrt.

Der Anteil für den Fahrgast ist seit Einführung des City-Taxis im Jahre 1992 beinahe unverändert geblieben. Auf Grund der erhöhten Kosten (vor allem für Lohn- und Spritkosten) erscheint die Erhöhung des Tarifes gerechtfertigt.

Der Fahrpreis sollte zwischen dem Fahrgast und der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt zur Hälfte geteilt werden. Damit übernimmt die Freistadt Eisenstadt einen größeren Anteil an der Erhöhung.

Die Erhöhung tritt mit 01.11.2011 in Kraft.

Die Anwaltskanzlei MMag. Dr. Claus Casati hat die Leistungen für das City-Taxi ausgeschrieben.

Die Ausschreibung erfolgte gemäß Bundesvergabegesetz 2006 im offenen Verfahren nach den Vorschriften einer Dienstleistungskonzession im Oberschwellenbereich.

Die Bekanntmachung erfolgte am 27.07.2011 im EU-Amtsblatt und am 29.07.2011 im Amtsblatt des Landes Burgenland.

Die Vergabe war in 4 Losen zu je 4 – 6 Taxis ausgeschrieben.

Mit Frist vom 06.09.2011, 10.00 Uhr langten drei Angebote bei der Kontaktstelle ein.

Folgende Angebote langten ein:

Los 1: Taxi Bauer KG	€ 9.000,00
Los 2: Taxi Bauer KG	€ 9.000,00
Los 3: BG Michalik, Erdt, Schöffbeck, Eisenstadt-Taxi	€ 2.011,00
Los 4: BG Johann Bauer, Stefan Wagner	€ 1.011,00

Seitens der Rechtsanwaltskanzlei Casati wurden die Angebote geprüft und die Vergabe wie oben angeführt empfohlen.

Der Prüfbericht liegt bei.

Die derzeitigen Verträge wurden einvernehmlich aufgelöst. Der Vertrag mit der Fa. Ladinig läuft mit der Kündigungsfrist bis zum 31.12.2011.

Die neuen Verträge treten mit 01.11.2011 in Kraft.

Seitens des Finanzausschusses ergeht daher an den Gemeinderat der Freistadt Eisenstadt folgender

BESCHLUSSANTRAG

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt beschließt die Aufteilung des Tarifes für das City-Taxi von € 5,00 (inkl. 10 % USt) von je zur Hälfte für den Fahrgast und die Landeshauptstadt Freistadt Eisenstadt.

Weiters wird die Vergabe der vier Taxi-Lose wie folgt beschlossen:

Los 1: Taxi Bauer KG

Los 2: Taxi Bauer KG

Los 3: BG Michalik, Erdt, Schöfbeck, Eisenstadt-Taxi

Los 4: BG Johann Bauer, Stefan Wagner

Der erhöhte Tarif sowie die neuen Taxi-Verträge treten mit 01.11.2011 in Kraft.

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Herrn Vbgm. LAbg. Günter Kovacs das Wort. Dieser führt aus:

„Frau Bürgermeister, hoher Gemeinderat!

Die City-Taxi Vergabe und die Tarifierfassung wurden schon in der vorigen Woche in allen Zeitungen, die man im Bezirk Eisenstadt bekommt, gut thematisiert. Ich finde es nicht in Ordnung, dass man vor einer Finanzausschusssitzung bzw. einer Gemeinderatssitzung mit der Anpassung sowie mit der Vergabe an die Öffentlichkeit geht. Ich würde mir wünschen, dass so was im Rathaus Eisenstadt nicht möglich wäre. Herr Stadtrat, du hast in deinem Bericht gesagt, dass der Löwenanteil schon damals von der Stadt getragen wurde. Ich weiß aber nicht, wie du das gerechnet hast, denn € 2,-- hat der Fahrgast und € 1,75 hat die Stadtgemeinde getragen und somit hat den Löwenanteil der Fahrgast getragen. Mir ist bei deinen Ausführungen ein großes Unternehmen abgegangen und das ist das Taxi Ladinig, dir auch bestens bekannt. Er hat gesagt, dass er mit diesen Bankgarantien - korrigiere mich jetzt bitte falls es nicht stimmt, € 200.000,-- Bankgarantie hätte er legen müssen - nicht Leben kann. Ab 01.01.2012 wird das Taxi Ladinig, der sich in unserer Stadt sehr bewährt hat und der eine sehr gute Leistung erbracht hat, nicht mehr fahren können. Wir haben uns das natürlich genau durchgerechnet, was so ein Sprung ausmacht, diese € 0,50, € 2,50 einerseits von der Stadtgemeinde und € 2,50 vom Fahrgast. Wir sehen natürlich ein, dass eine Erhöhung unbedingt notwendig ist und das diese € 5,-- auch notwendig sind, damit sich auch ein Unternehmer halten kann. Wir sagen trotzdem, dass es in einer Stadt wie Eisenstadt möglich sein müsste, dass wenn man schon

anpasst auch mit Maß und Ziel anpasst und nicht mit 25 % wie in diesem Fall. € 0,50 sind für unsereins nicht gerade so viel, dass man es nicht bezahlen könnte, aber ich denke hier an viele Pensionisten, die tagtäglich und das bis zu 6-mal am Tag mit dem City-Taxi unterwegs sind. Ich hätte mir in diesem Fall erhofft, dass man hier maßvoll anpasst, vielleicht € 0,20 und die Stadtgemeinde diese € 0,30 noch zusätzlich nimmt. Ich finde, dass wäre auch notwendig, denn die Eisenstädterinnen und Eisenstädter sind in diesen Jahr durch diese Anliegerleistungen sehr unzufrieden. Herr Stadtrat Mayer, du weißt, dass in St. Georgen momentan viele in Aufruhr sind, denn viele Menschen müssen diese Lichtenanlagen bezahlen und sind nicht zufrieden. Wir müssen uns jetzt von einer Seite zeigen und den Leuten ein bisschen zurückgeben. Ich möchte jetzt einen Antrag einbringen, diese Vergabe und Tarifanpassung zu splitten und bei der Tarifanpassung so zu verbleiben, dass € 0,30 die Stadtgemeinde Eisenstadt dazu nimmt, um den Fahrgast bzw. den Bürger von Eisenstadt zu entlasten. Danke sehr!“

Gemeinderat Géza Molnár:

„Frau Bürgermeister, hoher Gemeinderat!

Das City-Taxi ist in den letzten Jahren eine sehr unendliche Geschichte gewesen. Ich möchte vorweg einmal sagen, dass wir dem heutigen Antrag zustimmen, weil wir mit dem Vertrag einverstanden sind, der zwar nicht direkt Abstimmungsgegenstand ist. Wir sind auch mit der Vergabe und mit der Fahrpreiserhöhung einverstanden. Der neue Lizenzvertrag zeigt nicht nur vom Umfang her, dass man aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt hat bzw. bereit war zu lernen, der Lizenzvertrag hat sicherlich Hand und Fuß. Die Fahrpreiserhöhung ist aus meiner Sicht nur allzu verständlich. Ich bin froh, dass es im Bereich des City-Taxis keine Indexanpassungen gibt, weil dann wäre der Fahrpreis wahrscheinlich schon längst ganz wo anders und nicht bei € 2,50. 25 % klingt viel, aber der Löwenanteil in Bezug auf die Erhöhung übernimmt schon die Stadtgemeinde, weil die Stadtgemeinde erhöht ihren Zuschuss um über 40 %, von € 1,75 auf € 2,50. Ich fühle mich jetzt an die Diskussion in Bezug auf die Hallenbadtarife erinnert. Was würde es bedeuten, jetzt den Fahrpreis für den Fahrgast niedriger anzusetzen, es würde bedeuten, dass wir mehr aus dem Budget zuschießen müssen und dass dann alle Bürger mehr für das City-Taxi zahlen müssen. Ich bin schon der Meinung und auch aufgrund der Gäste, die bei uns mit dem Taxi fahren, dass jene nach so vielen Jahren ein bisschen mehr zahlen sollen, die diesen Dienst auch in Anspruch nehmen. Das die ÖVP mit Dingen, die noch nicht

beschlossen sind, an die Öffentlichkeit geht, dass kennen wir schon und ich halte das auch für entbehrlich. Ein wenig bedauere ich, dass wir nach so langen Diskussionen bei der Erarbeitung der Lizenzverträge nicht doch einmal zu einem runden Tisch geladen wurden. Es war auch auf Grund der Gemeinderatsunterlagen nicht möglich die Vergabe zu überprüfen, wobei mein vollstes Vertrauen natürlich auch der zuständigen Rechtsanwaltskanzlei gehört. Thema Betrug, dass war in den letzten Jahren immer die Spitze der Diskussionen, wenn es mit den Taxis Probleme gegeben hat. Trotz technischer Ausrüstung wird es eine Betrugsmöglichkeit weiterhin geben, nämlich die, dass der Taxilenker dem Fahrgast einreden will, er sei kein City-Taxi. Ich wünsche mir daher praktische Maßnahmen, die dazu beitragen, solchen Leuten, die so was versuchen, das Handwerk zu legen. Ich weiß nicht, ob man so was in einem Lizenzvertrag regeln kann, aber ich stelle mir vor, das im Taxi der Hinweis groß angebracht wird, dass dieses Taxi ein City Taxi ist und um € 2,50 mit der Bürgerkarte zu fahren hat und falls verweigert wird, man eine Nummer anrufen kann. Am besten wäre noch, wenn daneben die Fahrerkarte ersichtlich wäre, damit man den Fahrer auch identifizieren kann. Die ganze Sache soll man dann auch im Amtsblatt veröffentlichen, denn das halte ich für eine wichtige Sache. Das technische System scheint mir sehr geeignet zu sein, andere Betrugereien, die bisher stattgefunden haben, hinten anzuhalten. Herr Ing. Selucky hat uns das gestern am Bildschirm gezeigt, wie das ganze aussieht, es war dann insofern lustig, weil Kollegin Dragschitz – wir waren beide zur gleichen Zeit bei Herrn Ing. Selucky - gleich auf den ersten Blick jemanden erwischt hat, der die Taxikarte mehrfach durchgezogen hat. Was das betrifft, wünsche ich mir für die Beamten, die das ganze System behandeln, volle politische Rückendeckung. Mit solchen Herrschaften sollte man gleich bei erster Gelegenheit abfahren und keine Ausnahmen machen. Ich bin der Meinung, dass sich auch der Prüfungsausschuss mit dieser Sache, wenn das einmal läuft und der Probetrieb vorbei ist, auseinander setzen sollte. Einen Punkt hab ich noch. Es gab in den Zeitungen jetzt den Taxitest in Großstädten. Das Taxi ist auch immer eine Visitenkarte, ich würde mir wünschen, dass wir auch schauen, dass einmal der Zustand der Fahrzeuge und auch das Auftreten der Taxilenker in einem vertretbaren Ausmaß sind. Wenn es nach mir ginge– Zwischenrufe – uniformieren ist jetzt dein Wort, eine Bekleidungs Vorschrift wäre meiner Meinung nach nicht das falsche.“

- Zwischenrufe –

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Es wird ein gewisser Standard bei der Kleidung gemeint sein, aber keine Uniform. Das alles steht im Vertrag drinnen. Was wir noch gemacht haben, war eine Schulung der Mitarbeiter gemeinsam mit der Wirtschaftskammer im Haydnjahr, damit sie über die Stadt und die Sehenswürdigkeiten Auskunft geben können.“

Gemeinderat Géza Molnár:

„Unterm Strich bin ich guter Dinge, dass die Sache jetzt passt und auch passen wird. Wir werden heute mit gutem Gewissen zustimmen.“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Sehr geehrte Anwesende!

Ich habe mir das jetzt sehr interessiert angehört und zwar auch deswegen, weil ich finde, dass diese Gemeinderatsunterlagen, die wir bekommen haben, wirklich sehr mickrig waren. Diese eineinviertel Seiten waren überhaupt nicht aussagekräftig, man konnte sich da überhaupt nichts vorstellen, wie es dazu gekommen ist. Ich habe dann von Herrn Selucky den Lizenzvertrag bekommen, allerdings war das erst gestern und ich hab auch versucht das ganze zu überfliegen, was in der Zeit nicht möglich war. Deshalb möchte ich jetzt einfach auf das was da gesagt worden ist eine Rückmeldung geben. Den Vorschlag vom Géza, dass man hier wirklich eine Notfallnummer hat, die den Leuten auch bekannt ist und die sie dann auch wählen können, wenn ein Taxi plötzlich kein City-Taxi mehr ist, finde ich eine praktikable Lösung. Auch die Idee, dass das im Taxi angebracht wird und das Ganze auch im Amtsblatt kundgemacht wird, halte ich für eine tolle Idee. Meine zweite Frage betrifft die Bankgarantie. Wie viel war das im vorigen Vertrag, wenn es jetzt € 200.000,-- sind?“

- Zwischenrufe –

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Wenn diese Bankgarantie vorher auch schon so hoch gewesen ist, dann wird das jetzt nicht der Grund sein, dass er jetzt nicht mehr mitmachen kann. Oder?“

- Zwischenrufe –

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Okay, gut. Wenn es genau so hoch war wie davor, dann ist jetzt nicht wirklich eine Änderung zum vorigen Vertrag. Ich nehme das jetzt einmal zur Kenntnis, dass es ungefähr gleich hoch war. Ich verlass mich jetzt auf diese Aussage. Zu der Meldung, dass Pensionisten die dort tagtäglich unterwegs sind und auf das City-Taxi angewiesen sind möchte ich noch sagen, dass es solche Leute gibt. Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es sehr wohl überlegenswert ist, sich in Eisenstadt das Thema öffentlicher Verkehr noch einmal genauer anzuschauen. Ich sage jetzt einmal den „City-Bus“ oder wie man auch gerne dazu sagt den „City-Leinner“ dazu. Also für das Protokoll „Leinner“ bitte mit zwei N. Wenn man wirklich auf ein Taxi oder ein öffentliches Verkehrsmittel angewiesen ist und das vielleicht auch mehrmals am Tag benötigt, sind € 5,-- ganz schön viel. Ich möchte darauf hinweisen, dass öffentliche Verkehrsmittel meistens mit Monatskarten bzw. Wochenkarte sehr wohl billiger sind.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Darf ich dich an den € 0,70 Bus erinnern. Da hat es in der Zwischenzeit auch einiges an Erhöhungen gegeben, wo uns wichtig war, dass die Menschen, die Buslinien innerhalb von Eisenstadt weiterhin um € 0,70 nutzen können.“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Das heißt, dass wäre dann für Pensionisten, die auf ein Taxi angewiesen sind, tatsächlich eine Alternative?“

- Zwischenrufe –

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Das ist aber mit jedem öffentlichen Verkehrsmittel und mit jeder Buslinie!“

- Zwischenrufe –

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Das stimmt, es ist sicher praktischer, wenn das Taxi vor der Haustür stehen bleibt.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Das macht auch den großen Vorteil unseres City-Taxis aus, dass hier von Haus zu Haus gefahren wird.“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Ich hab noch eine konkrete Frage und zwar aus diesen Unterlagen, die ich erhalten habe. Bei Punkt 1 – Ziel des Vergabeverfahrens, wird unter anderem auch dieses e-Mobilitätsprojekt angesprochen. Diese Formulierung erscheint mir auch sehr eigenartig, hier steht zumindest ein Fahrzeug pro Los muss spätestens Ende 2012 zwingend den Anforderungen des Projektmodell Region e-Mobilität entsprechen, das heißt, es muss elektrisch betrieben werden. Weiters steht, die Stadt Eisenstadt stellt aber sicher, dass bei einer Gesamtbetrachtung über die Vertragslaufzeit die Gesamtkosten Leasingrate, Treibstoff und Instandhaltung, des nach diesem e-mobilisiert Projekt angeschafften Fahrzeug, nicht teurer sind als die Gesamtkosten für ein mit konventionellen oder fossilen Treibstoff betriebenes Taxifahrzeuges. Ist das seriös so was zu garantieren? Weiters steht noch und ich zitiere – „wenn diese Kostenneutralität nicht sicher gestellt wird, soll es zwischen der Stadtgemeinde und dem Auftragnehmer zu Verhandlungen kommen“ und jetzt kommt es „sollten diese Verhandlungen zu keiner Vereinbarung führen, ist er Auftragnehmer nicht zur Anschaffung verpflichtet.“

- Zwischenrufe –

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Zuerst wird er verpflichtet, zumindest ein Fahrzeug muss zwingend den Anforderungen entsprechen und dann steht genau 5 – Zwischenrufe –

- Zwischenrufe –

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Unser Ziel ist es, dass wir als Modellregion solche Dinge ausprobieren und ich finde, dass sich City Taxis dazu sehr gut eignen. Man braucht die entsprechenden Autos, aber falls die Kostenneutralität absolut nicht erreicht werden kann, muss man von dem auch Abstand nehmen.“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Hat sich da jemand darüber informiert, ob das auch seriös ist so etwas zu sagen, dass die Gemeinde sicherstellt, dass die Kostenneutralität gegeben ist.“

- Zwischenrufe –

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Okay, die Förderung des Landes nehme ich an!“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Nein, des Bundes!“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Eine Frage hätte ich noch. Mit hat jemand gesagt, dass es derzeit gar kein Auto gibt, das als Taxi auch verwendet werden kann und auch e-mobilisiert ist. Stimmt das?“

- Zwischenrufe –

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Okay, es gibt eines! Es wäre noch absurder wenn man so etwas hinein schreibt obwohl man genau weiß, dass es so etwas gar nicht gibt. Also noch mal zur Klarstellung, es gibt ein Taxi, dass den Taxinormen entspricht und das e-mobilisiert ist. Okay, abschließend möchte ich sagen, dass ich diesem Vertrag zustimmen werde, weil es derzeit auch keine Alternative, für viele Personen, zum City Taxi gibt, möchte aber bei dieser Gelegenheit noch einmal hinweisen, dass es für mich schon sehr wichtig wäre, sich diese Alternativen zu einem City Taxi, nämlich ein innerstädtisches öffentliches Verkehrsmittel genauer anzuschauen. Zur Tarifierung möchte ich nur sagen, dass ich es für ganz in Ordnung finde, dass nach 10 Jahren jetzt € 2,50 statt € 2,00 verlangt wird. Danke.“

- Zwischenrufe –

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Es ist schon wichtig, dass Garantien abgegeben werden.“

Gemeinderat Géza Molnár:

„Frau Bürgermeister, Herr 2. Vizebürgermeister!

Mir leuchtet diese Diskussion jetzt nicht ein. Der Vertrag ist sehr restriktiv, der gefällt mir so. Lautet der Vorwurf jetzt, dass man den bewusst so gemacht hat, um irgendjemanden auszuboten? Ist das der Kern der Sache und wenn das nicht der Fall ist, ist die ganze Diskussion obsolet.“

Vizebürgermeister LAbg. Günter Kovacs:

„Frau Bürgermeister, hoher Gemeinderat!

Géza natürlich ist es so, dass die Hürde dann für gewisse Unternehmer nicht mehr nehmbar war. Das so ein erfolgreicher Taxiunternehmer, wie die Firma Ladinig jetzt nicht mehr weitermacht, dass sollte uns zu denken geben. Danke.“

Vizebürgermeister Mag. Josef Christian Schmall:

„Sehr geehrte Frau Bürgermeister, hoher Gemeinderat!

Ich möchte noch abschließend was dazu sagen, es ist nicht nur der Fahrpreis der jetzt erhöht wird, wo die Stadt jetzt kräftig investiert, sondern wir investieren auch in die Hard- und Software € 100.000,-- für die Neuausstattung der Fahrzeuge. Man kann das alles über GPS sehen, wir hoffen, dass dadurch der Missbrauch hintangehalten wird. Zur Sache mit der e-Mobilität möchte ich noch sagen, dass ich froh bin, dass das so drinnen steht, hätten wir es nicht hineingeschrieben, dann wäre deine Reaktion ganz anders gewesen und du hättest sicher gewollt, dass wir solche Passagen hineinnehmen. Wenn die Autos da sind, verpflichten sich die Unternehmer E-Taxis zu verwenden und es ist ein guter Schritt in die richtige Richtung. Danke.“

Stadtrat wHR Mag. Dr. Michael Freismuth:

„Mein Schlusswort wird ganz kurz ausfallen. Gemeinderat Géza Molnár hat mir schon fast alles vorweg genommen, er hat das alles sehr präzise erklärt. Ich möchte nur mehr ein Wort zu dir sagen, lieber Günter Kovacs, ich war von deiner ersten Wortmeldung ein bisschen enttäuscht. Es war zwar, wie erwartet, billige Polemik, aber ich hätte mir schon erwartet, dass du auf € 2,-- plädiert hättest, nicht auf € 2,20. Noch was möchte ich zur Bankgarantie sagen, die Bankgarantie war für alle, die sich bewerben konnten und die sich bewerben wollten, gleich, das ist notwendig, um seriöse Unternehmen zu dieser Ausschreibung einzuladen. Wenn ein Unternehmen die Bonität dazu nicht hat oder glaubt, es nicht zu schaffen, dann kann man nichts machen, es war für alle gleich. Wir können jetzt nicht sagen, bitte wie viel Bankgarantie bekommst du zusammen und dann setzen wir das Limit so an. € 200.000,-- Bankgarantie pro Los für alle, das ist wirtschaftlich notwendig, um nachhaltig einen Betrieb zu führen, dass wir dann nicht das Risiko haben, dass mitten im Vertragszeitraum der dann in Konkurs geht oder unsere Geräte ruiniert. Wir müssen uns da absichern und das war auch der Grund warum wir eine Bankgarantie vorgesehen haben, die für alle gleich war.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Wir stimmen zuerst über den Abänderungsantrag von Herrn Vizebürgermeister LAbg. Kovacs ab, der eine getrennte Abstimmung bezüglich Vergabe und Tarifierpassung möchte.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Okay, jetzt kommen wir zur anderen Frage. Wer für den Antrag des Herrn 2. Vizebürgermeisters ist, denn bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.“

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung des Abänderungsantrages von Herrn Vizebürgermeister LAbg. Günter Kovacs vor und stellt fest, dass der Antrag mit 17 Stimmen der ÖVP, 2 Stimmen der FPÖ, 1 Stimme der Grünen gegen 7 Stimmen der SPÖ abgelehnt worden ist.

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„So, jetzt stimmen wir über den Antrag des Referenten ab.“

Die Vorsitzende nimmt die Abstimmung vor und stellt fest, dass der Antrag mit 17 Stimmen der ÖVP, 2 Stimmen der FPÖ, 1 Stimme der Grünen gegen 7 Stimmen der SPÖ und zum Beschluss erhoben wurde.

12. Allfälliges

Die Vorsitzende Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel erteilt Frau Stadträtin Mag. Claudia Kreiner-Ebinger das Wort. Diese führt aus:

„Geschätzte Frau Bürgermeisterin, hoher Gemeinderat!

Ich bringe wieder unser Projekt „Betreutes Wohnen“ vor und möchte es wieder zum Thema machen. Vielen von uns ist nicht die Tragweite klar, was da passiert ist. Es wurde von 3 Vertragspartnern sehr viel versprochen, um sehr viel Geld angeboten, und viele Menschen haben im guten Glauben dieses Angebot angenommen. Mittlerweile sind Vertragspartner ausgestiegen und meine Frage lautet: Ist das Hilfswerk jetzt total weg?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Nein, absolut nicht. Das Hilfswerk bietet Leistungen an und die einzelnen Punkte werden auch abgearbeitet werden. Die Gemeinde selbst ist mit den Bewohnern kein Vertragspartner, sondern die Bewohner können die ganzen Veranstaltungen, die wir

in unserem Raum organisieren, selbstverständlich nutzen und sind herzlich willkommen. Ich bin auch sehr froh darüber, dass wir hier gemeinsam das mit dem Kurs entwickelt haben. Mir ist wichtig, dass dieser Bereich der Gemeinde, unser Generationenzentrum, dass das von allen EisenstädterInnen auch genutzt wird und nicht auf die Bewohner vom betreubaren Wohnen limitiert ist.“

Stadträtin Mag. Claudia Kreiner-Ebinger:

„Vorige Woche war eine Sitzung und von dem heraus ist nur so der Eindruck bei vielen geblieben, dass sie nach wie vor ziemlich alleingelassen sind. Ich zitiere jetzt eine Dame, die folgendes gesagt hat: „Seit ich in Eisenstadt bin, hat sie keinen Zugang zu Ärzten, keine Beratung und keine Information zu Ärzten.“ So was muss man auch ernst nehmen.“

- Zwischenrufe -

Stadträtin Mag. Claudia Kreiner-Ebinger:

„Weil die Dame zum Beispiel bei uns in Eisenstadt von einem Hautarzt nicht mehr genommen wird und vom zweiten schon eine falsche Diagnose bekommen hat.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„In diesem Fall muss diese Dame mit der Ärztekammer sprechen!“

Stadträtin Mag. Claudia Kreiner-Ebinger:

„Unterm Strich fühlen sich die Bewohner allein gelassen, wir haben damals als Stadt auch viel versprochen und ich denke mir, dass wir auch diese Verantwortung übernehmen müssen.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Es wird ihnen geholfen und sie werden informiert. Ich möchte mich hier ausdrücklich beim Vorsitzenden des Seniorenbereites, der mit allen Bewohnern schon zwei Ausflüge in der Stadt gemacht hat, die auch sehr gut angenommen worden sind, recht herzlich bedanken. Herr Gerdenitsch hilft den Menschen wo immer es möglich ist. Aber diese Sache mit dem Dermatologen ist sicher nicht unser Punkt.“

Stadträtin Mag. Claudia Kreiner-Ebinger:

„Das ist nur ein Beispiel, es steht ein Beispiel für viele andere Beispiele und auch die bauliche Geschichten – auf die wird Günter Kovacs noch eingehen – auch da stimmt

vieles nicht. Ich möchte nur erreichen, dass wir uns als Stadt mit dem Generationenzentrum nicht nur als Nachbarn sehen, sondern, dass wir die soziale Verantwortung übernehmen, die wir am Anfang auch versprochen haben. Wenn ihr euch die Skripten und die Presseaussendungen anschaut, auf Grund dessen, sind auch die Menschen nach Eisenstadt gezogen und ihr Empfinden ist jetzt ein Wahnsinn. Was wir gemacht haben, und da bin ich den Kollegen in der Volkshochschule sehr dankbar, im Rahmen der Eisenstädter Volkshochschule mit Istvan Deli, Peter Kath und Werner Klikovits, haben wir ein schönes Programm zusammen gestellt. Dies ist kein Angebot nur für „Betreutes Wohnen“ sondern – wie gewünscht - - Zwischenrufe –

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„So, dass ist auch notwendig, dann kann es die Stadt auch unterstützen.“

Stadträtin Mag. Claudia Kreiner-Ebinger:

„Ich möchte noch mal darauf appellieren, dass wir uns hier nicht aus der Verantwortung nehmen und immer ein Auge darauf haben. Falls das Hilfswerk mal auslöst, wir auch andere Anbieter reinlassen.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Aber, wie schon vorhin erwähnt, der Eindruck täuscht. Das Hilfswerk bietet diese Dinge wie Wäschedienst, Schwesternnotruf usw. an.“

- Zwischenrufe –

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Die Leute nutzen es auch schon!“

- Zwischenrufe –

Vizebürgermeister LAbg. Günter Kovacs:

„Frau Bürgermeister, hoher Gemeinderat!

Die Stadträtin Mag. Claudia Kreiner-Ebinger hat das mit dem Arzt folgendermaßen gemeint. Im Pensionistenhaus Schlosspark war es doch üblich, dass der praktische Arzt – damals Herr Doktor Prost oder Herr Doktor Kohl – zu den Bewohnern gefahren ist und sich mit den Patienten vor Ort auseinander gesetzt hat.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Darf ich dich kurz unterbrechen?“

Vizebürgermeister LAbg. Günter Kovacs:

„Jetzt wird dieses Service nicht mehr angeboten und ich glaube, Frau Stadträtin Kreiner-Ebinger hat es genau richtig gesagt, dass wir uns als Stadtgemeinde auch darum kümmern müssen. Wir waren auch im Gespräch mit den Menschen und ich war vorige Woche am Freitag mit einigen zusammen und wir haben uns das Haus nochmals angesehen. Ich muss meiner Stadträtin Claudia Kreiner-Ebinger danken, die hat sich wirklich darum gekümmert, dass zumindest dieses Programm so unterstützt wird, dass sich für die Menschen endlich wieder was tut. Für den Bau können wir schlecht was machen und ich darf von vorigem Freitag sagen, was alles noch nicht passt. Es gibt noch keinen einzigen Haltegriff für Senioren, die teilweise im Rollstuhl sitzen oder auf einen Rollator angewiesen sind. Die Eingangstüre hat am Freitag immer noch nicht funktioniert, dass haben wir auch schon seit Monaten urgiert. Es gibt keine einzige Zwischentür die im „Betreutem Wohnen“..... Ich habe hier diese Broschüre „Seniorenresidenz Eisenstadt“, Frau Bürgermeister, du hast damals gesagt, das Generationenzentrum ist ein Teil des Herzstückes, das du hier präsentieren willst. Wir haben damals gesagt, es gibt einen Reinigungsservice, Wäschedienst, Mittagessen, Pflege und Betreuung durch mobile Hauskrankenpflege, Notruftelefon, Animationsprogramm, Tagesbetreuung und vieles mehr.....“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Und das kann alles vom Hilfswerk bezogen werden oder im Pflegeheim mitgenutzt werden!“

Vizebürgermeister LAbg. Günter Kovacs:

„Wenn es das geben würde, könnte es mitgenutzt werden.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Tagespflege gibt es im Hilfswerk drüben und kann mitgenutzt werden.“

Vizebürgermeister LAbg. Günter Kovacs:

„Frau Bürgermeister, leider ist das nicht möglich. Das einzige was beim Vertrag eingehalten worden ist, ist der Preis. Die Menschen haben sehr viel Geld dafür bezahlt, € 40.000,-- bzw. € 50.000,--.“

– Zwischenrufe –

Vizebürgermeister LAbg. Günter Kovacs:

„Thomas, wir haben als Stadt eine Verpflichtung den Senioren gegenüber. Wenn viele Sachen nicht stimmen, dann ist es das Mindestmaß, dass wir uns jetzt darum kümmern. Ich habe es schon vor Monaten gesagt, dass wir darauf schauen, dass sich etwas ändert und es hat sich bis zur vorigen Woche ganz wenig verändert. Das Kellerabteil ist immer noch von außen über eine Steigung von 35 % zugänglich, für Menschen, die sich im Rollstuhl fortbewegen müssen bzw. im Rollator unterwegs sind, kaum machbar. Ich fordere jetzt alle auf, schnell zu handeln und dass wir diese Menschen in Eisenstadt auch würdig leben lassen. Dankeschön!“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Du behauptest, dass die Menschen nicht hinüber gehen können, dass sie nicht zur Tagespflege gehen können, das stimmt schlicht und einfach nicht. Es gibt Menschen, die den Wäschedienst sehr wohl auch benutzen und dieses Service wird sehr wohl von den Bewohnern des „Betreubaren Wohnens“ in Anspruch genommen.“

- Zwischenrufe –

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Das Einzige, was noch nicht klappt, ist dass sie noch nicht drüben essen können.“

- Zwischenrufe –

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Dann ist diese Information falsch, denn ich kenne Menschen die diese Leistungen in Anspruch nehmen und darauf lege ich wert, dass das korrekt wiedergegeben wird.“

Gemeinderat Johann Skarits:

„Frau Bürgermeister, hoher Gemeinderat!

„Ich möchte mich entschieden dagegen wehren, es klingt jetzt nämlich so, als wäre Frau Stadträtin die Einzige, die da unten etwas bewirkt hätte. Das möchte ich jetzt zurückweisen. Wenn jemand etwas bewirkt hat, dann war das ich und ihr habt damit begonnen, die Leute unsicher zu machen. Bei der vorigen Sitzung, bei der Hausversammlung, sind das Hilfswerk und die Neue Eisenstädter auf die ganzen

Dinge von den Bewohnern eingegangen. Es werden die Handläufe, die neue Tür usw. gemacht.“

- Zwischenrufe –

Gemeinderat Johann Skarits:

„Bitte bleibt doch bei der Wahrheit, so wie es auch ist.“

- Zwischenrufe -

Gemeinderat Johann Skarits:

„Nein, bleib bei der Wahrheit. Ich bin bei der Wahrheit und ich bin Vertreter der Stadt und ich nehme meine Verantwortung auch wahr. Das möchte ich auch mal hier gesagt haben. Ich lasse mir jetzt nicht, meinen Einfluss, den ich da unten habe, von euch wegnehmen. Alle Dinge, die da unten stattfinden sind auf unserer Idee entstanden. Bitte, bleiben Sie bei der Wahrheit! Es wird auch alles angeboten, auch ein Medikamentendienst wird vom Hilfswerk angeboten und vieles andere mehr. Auch der Zugang zum Keller wird umgebaut werden.“

- Zwischenrufe –

Gemeinderat Johann Skarits:

„Das wird die Neue Eisenstädter den Hausbewohnern dann vorlegen und die waren alle damit einverstanden, dass das gemacht wird.“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Sehr geehrte Anwesende!

Wir wurden eben Zeuge, wie der Gemeinderatswahlkampf für die Zielgruppe Pensionisten, eröffnet worden ist.

Ein paar Aussagen waren ziemlich interessant. Anscheinend gibt es nicht nur eine Realität sondern zwei Realitäten, denn es kann nicht so schwierig sein, wenn die einen das behaupten und die anderen was anderes, irgendwo das zu finden, was der Wahrheit entspricht. Ich weiß nicht, ob das so gemeint war, wie es gesagt worden ist, aber der Satz: „Den Einfluss denn ich da unten habe“, denn habe ich mir extra notiert. Um diese Zielgruppe Pensionisten geht es auch und ich hoffe sehr, dass die Pensionisten auch wirklich die sind, um die es hier geht.

So, ich möchte ein bisschen vom Thema ablenken, aber es betrifft auch Pensionisten. Es geht um die Fußgängerübergänge in Eisenstadt. Unter anderem

wurde mir auch zugetragen, dass die Pensionisten und die Bewohner des betreubaren/betreuten Wohnens sagen, dass es sehr schwierig sei, in die Stadt zu kommen, weil über die Ödenburger Straße ein Fußgängerübergang fehlt. Das ist ein Thema, das schon lange brennt und das ich noch mal anregen möchte. Mein eigentlicher Grund über die Fußgängerübergänge zu reden betrifft den Shoppingpark Haidäcker. Nach der Schließung des Eurospars am Bründlfeldweg sind die Bewohnerinnen und Bewohner dieser Gegend gezwungen, ihre Einkäufe in anderen Supermärkten zu erledigen. Während die meisten vermutlich auf das Auto umsteigen mussten, gibt es doch einige Personen, die ihre Einkäufe weiterhin zu Fuß oder mit dem Rad erledigen wollen oder müssen.

Versucht man nun, seine Einkäufe im neuen Shoppingpark Haidäcker und bei dem dort ansässigen Interspar zu erledigen, so erlebt man als Fußgänger oder Radfahrer seine blauen Wunder. Es ist für diese Personen gefährlich, den Kreisverkehr auf der Mattersburger Straße zu überqueren, vor allem auch deshalb, weil es dort keine Zebrastreifen gibt. Ich kenne die Diskussion um die Zebrastreifen, dass es angeblich die neue Theorie ist, keine Zebrastreifen zu brauchen, weil Zebrastreifen für Fußgänger in manchen Gebieten gefährlicher sind. Ich persönlich bezweifle das, ich bin aber auch kein Verkehrsexperte. Ich nehme an, dass Leute, die auf der Straße gehen, leichter vom Auto erwischt werden, als Leute, die am Gehsteig gehen, egal ob Zebrastreifen oder auch nicht. Vielleicht wird sich diese Theorie auch wieder ändern, die da jetzt im Moment irgendwie auch der neuste Trend ist.

Tatsache ist, der Shoppingpark Haidäcker wurde von vornherein als Einkaufszentrum, welches nur mit dem Auto erreicht werden kann und soll, konzipiert. Auf die Bedürfnisse etwaiger FußgängerInnen und RadfahrerInnen wurde hier überhaupt keine Rücksicht genommen.

Deshalb meine Frage in dieser Angelegenheit:

Welche Maßnahmen hat die Gemeinde vor zu treffen, um die Sicherheit der FußgängerInnen und RadfahrerInnen im Bereich des Shoppingparks Haidäcker zu gewährleisten?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„In der Ödenburger Straße ist geplant und wird sicher auch im nächsten Jahr umgesetzt werden, die Lösung mit der Lichtsignalanlage und einem Zebrastreifen.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Letztes Mal hat es noch geheißen, dass die Leute nirgends einkaufen gehen können, sie müssen sich ins Auto setzen um einkaufen gehen zu können. Es gibt dort genug Möglichkeiten, wo ich immer nur am Gehsteig gehen kann und Einkaufsmöglichkeiten erreiche. Ich werde hier jetzt ganz bewusst keine Firmennamen nennen. Unser Ziel wäre es, ich weiß aber nicht, wann das umgesetzt werden kann, dass man auch eine Querungshilfe bei der Mattersburger Straße findet. Dazu braucht man aber auch Gespräche mit dem Land. Wir haben mit der 50 km/h Beschränkung schon einmal eine gute Voraussetzung geschaffen, aber da ist es wichtig, dass das Land entsprechende Maßnahmen setzt, um diesen Kreuzungsbereich Hotterweg/Mattersburger Straße anders zu gestalten. Im Bereich Haidacker, muss man sich das genau anschauen, welche Möglichkeiten es dort von der Straße her gibt, dass man dort mit einem Rad auch hinkommen kann oder auch zu Fuß. Es gibt aber genug andere Einkaufsmöglichkeiten dort in der Gegend.“

- Zwischenrufe -

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Ja, der Radweg ist eingezeichnet!“

Vizebürgermeister LAbg. Günter Kovacs:

„Frau Bürgermeister, hoher Gemeinderat!

Ich möchte noch einmal zum „Betreuten Wohnen“ oder zum „Betreubarem Wohnen“ zurückkommen. Herr Gemeinderat Skarits, dass war natürlich nicht persönlich gemeint. Es geht hier um die Sache, dass wir diesen Menschen, die dort unten wohnen und die nicht zufrieden sind, dass man denen auch hilfreich zur Seite steht. Ich hoffe doch, dass du auch weiterhin dabei bist und auch im Boot. Das wollte ich nur einmal noch festhalten. Yasmin, eines muss ich dir schon sagen, die ältere Bevölkerung ist der ÖVP sicher genau so wichtig wie der SPÖ oder auch dir und das nicht nur in Wahlkampfzeiten. Danke.“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Sehr geehrte Anwesende!

Ich habe eine Anfrage zum Thema Hundeabrichteplatz.

Im Zuge der geplanten Neuerrichtung des Bauhofes in der Nähe der Altstoffsammelstelle wird auch der Hundeabrichteplatz an dieser Stelle nicht mehr

möglich sein. Angeblich hat der zuständige Verein bereits ein Kündigungsschreiben der Gemeinde mit Ende Dezember 2011 erhalten.

Meine Fragen dazu:

- Wann wird mit dem Bau des neuen Bauhofes begonnen? Wenn das jetzt noch nicht der Fall ist, warum wurde bereits mit Ende dieses Jahres die Kündigung ausgesprochen?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Sicherheitshalber und sie wissen, solange wir nicht zu bauen beginnen, können sie auch dort bleiben. Das ist ihnen auch in mündlichen Gesprächen auch zugesichert worden.“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Und wann ist Baubeginn, denn die Leute müssen auch eine gewisse Planungssicherheit haben. Oder?“

- Zwischenrufe -

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Wenn die ganzen Verfahren abgeschlossen sind. Ich kann Ihnen jetzt keinen Zeitpunkt nennen.“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Meine nächste Frage lautet:

- Wo haben die Eisenstädter Hundebesitzer und -besitzerinnen ab nächstem Jahr die Möglichkeit, ihre Hunde abzurichten? Hat die Gemeinde dem Verein ein anderes Gelände für einen zukünftigen Hundeabrichteplatz in Aussicht gestellt? Wenn ja, wo und wie war die Reaktion darauf?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Zum Beispiel beim Sonnenhof!“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Bei welchen Sonnenhof?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Beim neuen Tierschutzhaus!“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Das geht angeblich nicht. Ich habe gehört, dass das nicht stimmt, weil dort schon ein anderer Verein sein wird.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Du hast mich gerade gefragt, wo die Eisenstädter Hundebesitzer das machen können. Aber nicht bei dem Verein, das wurde mit dem Verein gesprochen, dass sie sich neue Plätze suchen müssen und man hat auch versucht zu helfen. Sie wissen schon seit mindestens 5 Jahren das dieser Standort nicht bleiben wird.“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Das wäre jetzt meine nächste Frage gewesen! Hat die Gemeinde den Verein ein anderes Gelände angeboten oder hat sie nur gesagt, dass sie sich was Neues suchen müssen.“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Wir haben ihnen bei der Suche geholfen und auch Vorschläge gemacht, aber sicher nicht, unseren städtischen Grund, den wir für den Bauhof brauchen werden. Es ist einfach unbedingt wichtig, dass wir einen neuen Bauhof bekommen.“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Und wie war die Reaktion des Verein auf dieses Angebot der Gemeinde?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Der Verein meinte nur, dass wir ihnen eine Vereinshütte bauen sollen. Aber das kann es nicht sein, dass wir einzelnen Vereinen eine Hütte bauen.“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Wie ist die jetzige Situation, zahlen die dort Pacht?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Ja, die zahlen Pacht!“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Hat die Gemeinde keine Flächen zur Verfügung, die man denen auch zur Pachtung geben kann?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Sie wollen die Infrastruktur dazu haben und das können wir ihnen nicht errichten.“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Wer hat die alte Infrastruktur dort hingestellt?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Sie selbst! Aber sie haben den Pachtvertrag und das haben sie auch gewusst.“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Die Auskunft die ich jetzt bekommen habe ist die, dass dieser Verein, vielleicht sogar von der Gemeinde, ein Grundstück zur Pacht angeboten bekommen hätte und das die Gemeinde nicht bereit ist – logischerweise – die Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Besteht dieses Angebot der Gemeinde, zur Pachtung eines Grundstückes, immer noch?“

Bürgermeisterin Andrea Fraunschiel:

„Ich wollte von den Leuten wissen, wie groß die Fläche überhaupt sein soll und dann müssen wir überprüfen, ob es etwas gibt, was ihnen auch passt. Natürlich helfen wir da soweit es geht.“

Gemeinderätin Mag. Yasmin Dragschitz:

„Okay, es besteht noch die Möglichkeit. Danke.“

In Ermangelung weiterer Tagesordnungspunkte schließt der Vorsitzende die Sitzung des Gemeinderates um 19:52 Uhr.

Der Schriftführer:

Die Vorsitzende:

Die Beglaubiger: